

# **ZNS-BonnRegio e.V.**

**Zentrum für Neurologie und Seelische Gesundheit in der Region Bonn**  
(Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen, Kreis Ahrweiler)  
**Meckenheimer Allee 67-69, 53115 Bonn, [www.ZNS-BonnRegio.de](http://www.ZNS-BonnRegio.de)**  
**Tel. 0228.94499714 – Fax 0228.217999 – [mail@ZNS-BonnRegio.de](mailto:mail@ZNS-BonnRegio.de)**

---

ZNS-BonnRegio  
Meckenheimer Allee 67-69 • 53115 Bonn

---

Herrn Ministerpräsident  
Dr. Jürgen Rüttgers  
Stadttor 1

**40219 Düsseldorf**

Bonn, 29.01.2009

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit zunehmender Sorge und Verärgerung sehen wir die erschütternden Auswirkungen der aktuellen Entwicklung des deutschen Gesundheitssystems auf die Versorgung schwer seelisch und neurologisch – oft chronisch – erkrankter Menschen.

Wir vertreten aktuell 57 Fachärzte für Psychiatrie, Nervenheilkunde und Neurologie in unserer Region. Wir verfügen damit über einen Organisationsgrad von ca. 90 %. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 1,7 Millionen Menschen werden in den Praxen unserer Mitglieder derzeit etwa 50.000 seelisch und neurologisch erkrankte Menschen behandelt, wovon wiederum ca. 70% schwer bzw. chronisch krank sind.

Seit Beginn des Jahres 2009 hat sich die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung geändert. Der Gesundheitsfonds wurde eingeführt. Ziel dieses Instrumentes sollte u.a. die Sicherstellung einer bundesweit einheitlichen medizinischen Versorgung der kranken Menschen durch einheitliche Honorare in der ärztlichen Versorgung sein.

Die aktuelle Gesundheitsreform hat jedoch nun lediglich die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung des Gesundheitssystems schlagartig transparent gemacht.

Unsere Patienten leiden an Psychosen, die mit einer Verknennung der Realität einher gehen, an schweren depressiven Erkrankungen mit entsprechend hoher Selbsttötungsgefährdung, an Persönlichkeitsstörungen, die oft mit grausamsten Selbstverletzungen einhergehen und an schwerwiegenden Zwangs- und Angstneurosen, die ein Leben in der Gemeinschaft unmöglich machen.

Menschen mit Parkinson Erkrankung erleben bei vollem Bewusstsein, wie ihr Körper versteinert, an Multipler Sklerose Erkrankte erleben, wie ihr Körper ihnen nicht mehr gehorcht. Wir können uns den Schrecken derer vorstellen, die die ersten Anzeichen einer Demenz bei sich wahrnehmen und die Not der Angehörigen, wenn die Persönlichkeit des Ehepartners oder der Eltern nicht mehr wiederzuerkennen ist.

Das sind die Menschen, die in unseren Praxen behandelt werden, und für deren Behandlung uns nun ein Honorar von monatlich **16 Euro** zugestanden wird. Dieses Honorar treibt eine nicht unbedeutende Zahl unserer Kollegen in Richtung Insolvenz, denn diesen Kranken können wir nicht mit einer „5-Minuten-Medizin“ helfen.

Die Behandlung seelischer Erkrankungen bedarf einer ganzheitlichen Beschäftigung mit den betroffenen Menschen und ihrer Lebenssituation. Das kostet Zeit.

Diese Zeit wurde uns zum 1.1. 2009 durch die perfide Politik des BMG genommen!

Die Politik der großen Koalition und leider auch der Regierungen während der vergangenen Legislaturperioden hat es sich offenbar zur Aufgabe gemacht, die ambulante psychiatrische und nervenärztliche Versorgung zu vernichten.

Stattdessen soll die Behandlung psychisch Kranker zunehmend den großen Gesundheitskonzernen und den Ambulanzen der psychiatrischen Kliniken überlassen werden, die mit ihren Behandlungskapazitäten bereits jetzt am Ende sind.

Die Not der Menschen ist vorhersehbar, wenn die Praxen der ihnen oft seit 20 oder mehr Jahren vertrauten Ärzte geschlossen werden müssen.

Eine wesentliche Forderung des Sachverständigenrates zur Psychiatrie-Enquête im Jahre 1975 lautete: *„Dem seelisch Kranken muss prinzipiell mit dem gleichen Wege wie dem körperlich Kranken optimale Hilfe unter Anwendung aller Möglichkeiten ärztlichen, psychologischen und sozialen Wissens gewährleistet werden.“*

Unter dem Primat der Beitragssatzstabilität tut die Regierung aber genau DAS nicht.

Für uns bedeutet das eine absehbar drohende Mangelversorgung dieser Menschen. Gleichzeitig werden viele Praxen Personal entlassen müssen, da die Einnahmen aus der Behandlung gesetzlich versicherter Menschen nicht einmal mehr die Praxiskosten decken können.

Die Politik der Schwarz-Roten Koalition versteht es aktuell noch, über die Medien den Menschen Sand in die Augen zu streuen, indem von Milliarden die Rede ist, die in die Taschen der Ärzte fließen. Die Selbstverwaltungsorgane werden dafür verantwortlich gemacht, wenn dieses Geld bei den Versorgern nicht ankommt.

Angesichts steigender Praxiskosten, einer steigenden seelischen Morbidität der Menschen, einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung und einer seit Jahren rückläufigen Honorierung ist es jedoch für jedermann einsichtig, dass eine leitliniengerechte gute medizinisch nervenärztliche Versorgung unter den genannten Voraussetzungen durch die Selbstverwaltung zukünftig nicht mehr sichergestellt werden kann.

Wir werden unsere Patienten - wie andere fachärztliche Kollegen auch - über die Entwicklung sachlich informieren. Wir werden den Menschen in unserem Land in unseren Wartezimmern erklären, wie ihnen durch die Politik der Regierungsparteien immer weniger Versorgung zuteil wird.

Wir werden Ihnen erklären wie durch die aktuelle Politik die heimatnahe Versorgung – eine der Grundforderungen der Psychiatrie-Enquête – zerstört wird.

Wir werden die Auswirkungen des aktuellen Staatsdirigismus den Menschen in unseren Praxen ungeschminkt nahebringen. In den Praxen der niedergelassenen Kollegen werden bundesweit über 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Wahljahr 2009 behandelt.

Leider hat sich Herr Minister Laumann auf ein erstes Schreiben unseres Netzes vom 11. November 2008 mit der Bitte um Hilfe nicht geäußert.

Auch ist es wenig hilfreich, wenn Herr Minister Laumann - wie die Berliner - nun die Selbstverwaltung verantwortlich macht. Das zeugt nicht von großem Sachverstand.

Wir wünschen uns daher von Ihnen, sich dafür einzusetzen, dass den nervlich und seelisch kranken Menschen in unserem Land ein neuerliches Leid erspart wird, welches sie in der Vergangenheit beider deutscher Staaten zu genüge erdulden mussten.

Dr. med. Mike Dahm  
Facharzt für Psychiatrie -Psychotherapie-  
1. Vorsitzender  
Vorstandsmitglied BVDN Nordrhein

Egbert Wienforth  
Facharzt für Psychiatrie  
2. Vorsitzender